

Landsmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

40591 Düsseldorf, Werstener Dorfstr. 187, Telefon: 0211 - 395763, Fax: 02964-945459

E-Post: LONRW@t-online.de



Landsmannschaft Ostpreußen, Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin-Tiergarten

Werstener Dorfstr. 187
40591 Düsseldorf
Tel.: 0211-395763
Fax.: 02964-945459
E-Post: Geschaeft@ostpreussenrw.de
Büro:
Buchenring 21
59929 Brilon
Tel.: 02964-1037
Fax.: 02964-945459

Datum: 24.11.2009

Vorstand der Landesgruppe der Landsmannschaft Ostpreußen NRW

Offener Brief – Mitgliedschaft der Präsidentin des BdV, Frau Erika Steinbach, im Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

seit Antritt der neu gebildeten Bundesregierung beobachtet der Vorstand der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaft Ostpreußen mit großer Verärgerung und Befremden, dass sich der Bundesaußenminister, Herr Guido Westerwelle, gegen die Mitgliedschaft von Frau Steinbach im Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ausspricht. Ohne Not hat er das auch bei seinem Antrittsbesuch in Polen getan.

Der Vorstand der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaft Ostpreußen ersucht Sie dringend, Ihre Kompetenzen als Bundeskanzlerin wahrzunehmen und durchzusetzen, dass Frau Steinbach als gewählte Repräsentantin des Bundes der Vertriebenen den Sitz im obengenannten Stiftungsrat einnehmen kann.

Eine für den Ausgang der Bundestagwahl nicht unerhebliche Anzahl von Vertriebenen hat Schwarz-Gelb gewählt. Sie müssten es als Verrat an ihrer Wahlentscheidung und ihrem begründeten Interesse an der Mitarbeit in der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ansehen, sollte sich die neugewählte Bundesregierung der Mitgliedschaft von Frau Steinbach im Stiftungsrat entgegenstellen. Dies würde nicht nur in der breiten Öffentlichkeit auf Unverständnis stoßen, sondern in weiten Teilen unseres Volkes zu einem Vertrauensverlust in die CDU als Volkspartei führen.

Wenn die Stiftung auch der „Versöhnung“ dienen soll, so dient sie ebenso der Erinnerung an das Unrecht und das Leid der Vertreibung. Es ist deshalb nur selbstverständlich und unumgänglich, dass die von den Vertriebenen gewählten und bestimmten Repräsentanten in der Stiftung vertreten sind. Diese gewährleisten auch, dass die historische Wahrheit bei der Darstellung der Vertreibung nicht um die vollen Vertreibungs- und Unrechtserfahrungen der Betroffenen verkürzt wird.

Es wäre eine politische Illusion anzunehmen, dass ohne die historische Wahrheit die angestrebte „Versöhnung“ mit Polen erreicht werden könnte. Frau Steinbach für eine insofern fragwürdige Versöhnung mit Polen zu opfern, ist deshalb nicht hinnehmbar. Sofern das in Polen erwartet oder gar verlangt wird, spricht dies eben nicht für eine redliche Versöhnungsbereitschaft. Es beruht vielmehr auf einer Haltung, die verkennt, dass eine solche Versöhnung die Einbeziehung der Vertriebenen und die Anerkennung des Unrechts der Vertreibung voraussetzt. Einer solchen Haltung nachzugeben, kann keinesfalls im deutschen und auch nicht im europäischen Interesse liegen.

Im Hinblick auf die Völkerrechtswidrigkeit, ja Menschenrechtswidrigkeit, der Vertreibung - von keiner Bundesregierung bisher bestritten – wäre es im übrigen zynisch, Frau Steinbach ihre Ablehnung der Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze vorzuhalten. Mit historischer Redlichkeit und in Respekt vor den Opfern wäre es vielmehr Aufgabe der deutschen Politik gegenüber Polen, dafür Verständnis anzumahnen, statt Frau Steinbach fallen zu lassen

Verehrte Frau Bundeskanzlerin beachten Sie bitte die berechtigten Anliegen einer großen Opfergruppe unseres Volkes!

Für den geschäftsführenden Vorstand und mit freundlichen Grüßen

.....
Jürgen Zauner
(Landesgruppenvorsitzender)